rente —.— (= —.—). Egypter 100.25. Plapdiscont 1⅛ Percent. Mett. Umrechnungskurs: 123.80.
Bankeingang 30.000 Pfd. Sterl.
Petersburg, 1. Juli. (Neue Ulance.) Wechsel auf London 94.85. Zweite Orient-Anleihe 103.87.

Börsenwoche.

Wien, 1. Juli.

„Nach Silber langt kein kluger Mann, wenn er nach Golde greifen kann" — so lautet ein altes deutsches Sprichwort, das sich nun auch die Engländer zunutze machten. Die Einstellung der Silberprägung in Indien ist ein münzpolitisches Ereignis, das bestimmt ist, einen Wendepunkt in der Geschichte des Münzwesens zu bilden. Das Vorgehen Englands entspricht so sehr dem Währungsbedürfnisse seiner indischen Colonien, daß es eigentlich zum Staunen ist, die Entthronung des Silbers erst jetzt durchgeführt zu sehen. Was die lateinische Münzunion durch ihr Uebereinkommen vom 5. November 1878, was Oesterreich-Ungarn durch eine Ministerial-Verordnung im darauffolgenden Jahre verfügte, nämlich die Sperrung der Münzstätten für das weiße Metall, das ist auch in British-Indien zum Gesetz geworden. Die Silberfrage mußte endlich einmal der Lösung näher gebracht werden, und es war für jeden Einsichtigen klar, daß die Münzconferenzen nicht im Stande seien, eine Einigung in der Währungsreform zu erzielen. Das Ende dieser Conferenzen bestand günstigsten Falles in etlichen nichtssagenden, rein theoretischen Vorschlägen — im Uebrigen hetzelt sich jede an derlei Berathungen theilnehmende Macht die Freiheit ihrer Entschließungen vor. Von dieser Freiheit hat England nun Gebrauch gemacht, und man muß ihm wenigstens Dank dafür wissen, die Lage geklärt zu haben.

Was nun? so lautet jetzt aber die bedeutungsschwere Frage. Um die Wirkungen des Silbersalles ermessen zu können, muß man die einzelnen Währungsgebiete abgrenzen. In den Vereinigten Staaten wird eine besondere Tagung des Congresses für den 7. August einberufen. Daß diese Tagung die Abschaffung des Sherman-gesetzes beschließen werde, ist so viel wie gewiß. Es wird sich sodann darum handeln, in den Vereinigten Staaten eine den Bedürfnissen des Umlaufes entsprechende Neuordnung des Bank- und Geldwesens zu schaffen, und man kann vielleicht die Hoffnung hegen, den Paristand zwischen Silber- und Goldmünzen aufrechterhalten zu sehen, wenn der Fundirung des Notenumlaufes durch Gold erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt wird. In Europa könnte der Preisfall des Silbers beängstigende Folgen nur durch Auflösung der lateinischen Münzunion erzeugen. Namentlich Belgien und Italien würden dadurch stark ins Gedränge gerathen.

Der lateinische Münzbund besteht in einem Vertrage, der stillschweigend von Jahr zu Jahr in Kraft bleibt. Erfolgt durch einen dem Münzbunde angehörigen Staat die Kündigung, so hat der Bund noch ein Jahr lang in Kraft zu bleiben. Die Hauptschwierigkeit besteht in der gegenseitigen Auswechslung der Silbermünzen. Da die Fünf-Francs-Stücke jeder Prägung gegenseitig von den öffentlichen Kassen aller dem Bunde angehörigen Staaten angenommen werden, überdies die Scheidemünze ebenfalls keinen beschränkten Umlauf hat, so ist im Laufe der Zeit eine große Menge von Silberfrancsmünzen nach Frankreich eingeströmt. Namentlich Belgien und Italien haben den größten Theil ihrer Silberprägungen an Frankreich abgegeben. In der Bank von Frankreich erliegen seit Jahren für nicht weniger als 205 Millionen in belgischen und 132 Millionen in italienischen Fünf-Francs-Stücken. Durch den gewaltigen Rückgang des Silbers sinkt der Metallwerth dieser angehäuften Silbermasse immer mehr, und es kann nicht wundernehmen, daß in Frankreich zahlreiche Stimmen sich erheben, welche die Kündigung des Münzbundes verlangen.

Was hat nach Kündigung des Münzbundes zu geschehen? Jeder Staat ist sodann verpflichtet, bis zum 1. October des Jahres, das auf das Erlöschen des Vertrages folgt, die Silbercourantmünzen des anderen Staates einzuziehen. Jeder Staat hat nunmehr seine eigenen Münzen zurückzunehmen und den Saldo in Gold oder mit Fünf-Francs-Stücken des anderen Staates oder in Wechseln, die in dem empfangenden Staate zahlbar sind, auszugleichen. Für Belgien wurde Frankreich gegenüber die Bestimmung getroffen, daß es nur die Hälfte der Silbermünzen baar rückzulösen habe, die andere Hälfte solle auf dem Wege des Handels abströmen. Was Italien betrifft, wurde der Höchstbetrag seiner von Frankreich rückzulösenden Münzen auf 200 Millionen Francs festgesetzt. Italien wäre daher gezwungen, mindestens 200 Millionen entwerthete Silbermünzen zu übernehmen, und erlitte dabei einen Verlust von ungefähr 80 Millionen Lire.

Nun ist zu beachten, daß die deutschen Börsen durch eine derartige Wendung in der Silberfrage stark in Mitleidenschaft gezogen würden. Seit der feindseligen Haltung Bismarck's den russischen Werthen gegenüber hat ein starker Besitzwechsel auch in den italienischen Staatswerthen stattgefunden. Die deutschen Kapitalisten wurden unter dem Hochdrucke ihrer Regierung dazu veranlaßt, sich ihrer russischen Staatswerthe zu entledigen. Da Frankreich die italienischen Werthe abgab, um die aus Deutschland vertriebenen Russen aufzunehmen, nahm sich Deutschland wieder der bedrängten Italiener an. So ist der Besitz des deutschen Kapitales an italienischen Werthen bedeutend gestiegen, und jede Störung der italienischen Finanzkraft wirkt wieder auf den deutschen Markt zurück. Die italienische Münzfrage ist daher für die deutschen Börsen und in Folge dessen auch für uns von größter Wichtigkeit.

Unsere Monarchie erntet bereits jetzt schon die Vortheile des Uebergangs zur Goldwährung. Was wäre aus unserer Valuta geworden, wir nicht rechtzeitig auf ihre Grundlegung durch Gold bedacht genommen hätten! Trotz des hohen Goldagios ist der Metallwerth eines Silbergulden auf ungefähr sechzig Kreuzer gesunken. Wir verfügen heute bereits einschließlich der Kassenbestände der Regierungen über rund 340 Millionen neue Goldgulden. Da unser Geldumlauf ungefähr 765 Millionen Gulden beträgt, erreicht die Bedeckung durch Gold bereits 45 Percent, ein Verhältniß also, das nicht unbefriedigend erscheint.

Trotz dieser günstigen Lage wird die Wiener Börse den Vorgängen auf dem Silbermarkte erhöhte Aufmerksamkeit schenken müssen. Ein Staat, wie Oesterreich, dessen Verschuldung an das Ausland noch immer so groß ist, darf die Vorgänge in seinen Gläubiger-Staaten nicht außer Acht lassen. Denn unser finanzielles Wohl und Wehe hängt leider noch immer theilweise vom Auslande ab.

Die Versicherung der Passagiere.

Wien, 1. Juli.

Aus Budapest wurde vor einigen Tagen gemeldet, der Finanzminister habe einen neuen Plan zur Versicherung der Passagiere auf den Bahnen empfangen: Von jedem Gulden einer Fahrkarte solle ein Kreuzer abgezogen und zur obligatorischen Versicherung der Reisenden verwendet werden.

Der Plan ist nicht neu. Auch bei uns haben die Verwaltungen wiederholt solche Projecte geprüft, und es ist kaum ein Jahr, daß die österreichische Directorenconferenz das Thema untersuchte. Ihre Beschlüsse waren sehr vernünftig; nur hat man es leider versäumt, die unabweisliche Folge aus ihnen zu ziehen.

Der Conferenz lagen einige Offerte vor: von der Internationalen Unfall-Versicherungsgesellschaft in Wien, vom „Phönix" in Wien, von dem Schriftsteller Julius Prager in Wien, von der Pester Versicherungsanstalt „Fonciere" und von der Salzburger Fremdenzeitung. Ihre Absicht, die sie nur in verschiedenen Formen suchten, war immer die gleiche. Die eine plante Annoncenhefte mit Polizzen, welche auf 500 fl. für den Tod, auf 200 fl. für den Unfall versicherten und unentgeltlich den Reisenden gegeben werden sollten. Die andere wollte eine Zeitung, welche die Nummer des Zuges und das Datum tragen und gegen 10 kr. als Versicherung auf 1000 fl. gelten sollte. Oder sie wollte die Ausgabe von Tickets zu 1000, 5000 und 10.000 fl., welche an den Schaltern mit den Karten zugleich erhältlich und unübertragbar wären; die Identität wurde durch die Unterschrift bewiesen. Alle Kosten des Betriebes sollten von den Versicherungsgesellschaften getragen und die Beamten der Bahnen für ihre neue Mühe entschädigt werden; auf jeden Regreß an die Verwaltungen würden die Gesellschaften selbstverständlich verzichten.

Die Conferenz der Directoren zeigte vielen Eifer für die Idee. Sie erkannte es für unerläßlich, dem Beispiele der englischen Verwaltungen zu folgen. Aber sie konnte auch die Gefahren nicht vergessen, welche von diesen Plänen drohten. Sie fürchtete eine Ueberbürdung ihrer Beamten, die Erschwerung der Geschäfte, und zweifelte, ob der Verzicht der Gesellschaften auf jeden Regreß genüge, die Verwaltungen vor allen Forderungen zu schützen: es sei fraglich, ob sie nicht dennoch zum vollen Ersatze verpflichtet blieben. Auch schien ihr die Versicherung bei unverhältnißmäßig hohen Prämien verclauselt und beschränkt, während das Gesetz ohne Kosten bessere Forderungen garantire, was denn eine besondere Freude der Reisenden an der neuen Schöpfung nicht erwarten lasse. So mußte sie die Vorschläge der Gesellschaften verweigern und mußte vielmehr empfehlen, daß „die bereits im Jahre 1876 von der Regierung angeregte obligatorische Passagierversicherung, als die sowohl den Interessen der Bahnverwaltungen als auch jenen der Reisenden am meisten entsprechende Institution, zu geeigneter Zeit wieder angestrebt werden sollte".

Der Schluß ist unanfechtbar. Man kann, wo immer man das Thema der Versicherung auf Bahnen nehmen, wie man es wenden mag, dieser Forderung der obligatorischen Versicherung nicht entkommen. Es war gerecht und klug, sie nicht durch ein halbes Experiment zu verjagern, zu gefährden. Nur sollte man jetzt nicht wieder glauben, daß mit einem schönen Rathe Alles gethan ist. Aber das scheint schon einmal in unseren Sitten unvermeidlich: Es wird immer alles Vortreffliche „angeregt", es wird immer alles Vortreffliche „angestrebt", und es wird immer auf die „geeignete Zeit" verschoben, und unserer Bequemlichkeit scheint keine geeignet. So geschieht es, daß wir mit den Ideen vor den Andern laufen, aber hinter ihnen mit den Thaten hinken.

Hermann Bahr.

Wien, 1. Juli.

[Von der Getreidebörse.] Unter dem Eindrucke günstigerer Saatenstandsberichte und anhaltend flauer Haltung der Auslandsmärkte hat die rückgängige Preisbewegung in Getreide auch hier weitere Fortschritte gemacht, und erlitten sowohl Termin- wie effective Waare Preiseinbußen, letztere allerdings in geringerem Ausmaße wie erstere. Die finanziellen Schwierigkeiten in Amerika, welche als hauptsächlicher Grund für den Preisdruck gelten, haben sich mittlerweile weiter verschärft und die Preise auf ein Niveau herabgedrückt, bei dem der Producent selbst bei einer so glänzenden Ernte wie der vorjährigen seine Rechnung nicht mehr finden kann. Es ist daher wohl anzunehmen, daß mit der Beseitigung der finanziellen Calamität ein Aufschwung in den Preisen erfolge, und zwar um so wahrscheinlicher, als autoritative Kreise in Amerika sich heute darüber klar sind, daß das quantitative Ergebniß der heurigen Ernte ein gutes Theil hinter dem vorjährigen zurückbleiben werde. Ueber das voraussichtliche Ergebniß unserer heimischen Ernte kann man immer noch kein klares Bild gewinnen. Abgesehen davon, daß anhaltendes Regenwetter zur Zeit des Schnittes das Ergebniß wesentlich beeinträchtigen kann, wird man auch sonst auf Ueberraschungen, und zwar sowohl nach der günstigen wie nach der ungünstigen Seite hin gefaßt sein müssen. In Gegenden, wo noch vor kurzer Zeit Anlaß zu ernsten Besorgnissen vorhanden war, haben sich die Aussichten überraschend gebessert, während andererseits auf vielen Strecken, die ein gutes Ernteergebniß versprachen, die Erwartungen auf ein geringeres Maß herabgedrückt wurden. Das Eine kann jedoch heute schon mit ziemlicher Sicherheit gesagt werden — immer wahrscheinlicher, als autoritative Kreise in Amerika sich heute darüber klar sind, daß das quantitative Ergebniß der heurigen Ernte ein gutes Theil hinter dem vorjährigen zurückbleiben werde. Ueber das voraussichtliche Ergebniß unserer heimischen Ernte kann man immer noch kein klares Bild gewinnen. Abgesehen davon, daß anhaltendes Regenwetter zur Zeit des Schnittes das Ergebniß wesentlich beeinträchtigen kann, wird man auch sonst auf Ueberraschungen, und zwar sowohl nach der günstigen wie nach der ungünstigen Seite hin gefaßt sein müssen. In Gegenden, wo noch vor kurzer Zeit Anlaß zu ernsten Besorgnissen vorhanden war, haben sich die Aussichten überraschend gebessert, während andererseits auf vielen Strecken, die ein gutes Ernteergebniß versprachen, die Erwartungen auf ein geringeres Maß herabgedrückt wurden. Das Eine kann jedoch heute schon mit ziemlicher Sicherheit gesagt werden — immer wahrscheinlicher, daß die Witterung nicht in letzter Stunde einen Strich spielt — daß die Qualitäten, namentlich des Weizens, vorzüglich sein werden; wenn diese Erwartung zur Thatsache wird, so eröffnen sich uns günstige Aussichten für eine lohnende Ausfuhr. Der Preisrückgang dieser Woche hat die Verbraucher nur noch zurückhaltender gemacht und sie in ihrer Ueberzeugung von weiteren Rückgängen noch mehr bestärkt; aber schon so manchesmal, so kann es ihnen auch diesmal wieder geschehen, daß sie in ihrer, übrigens verzeihlichen Neigung, den äußersten Tiefstand der Preise errathen zu wollen, den günstigen Zeitpunkt zum Einkauf versäumen. Bei den Mühlen geht es, angesichts solcher Sachlage, recht still her, und wenn nicht noch alte Schlüsse abzuliefern wären, so könnten die meisten Mühlen ihren Betrieb nicht einmal zur Hälfte aufrechterhalten.

[Die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen.] Man telegraphirt uns aus Berlin, 1. Juli: Die Nordd. Allg. Ztg. gibt gegenüber anderweitigen irrigen Meldungen über die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen eine Darstellung über den Verlauf derselben; sie stellt fest: die deutsche Regierung habe von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß die Herabsetzung des gegenwärtigen russischen Zolltarifes bezüglich der wichtigsten deutschen Exportartikel die nothwendige Voraussetzung für die Gewährung eines deutschen Conventionaltarifes an Rußland bilde. In der russischen April-Antwort werden einzelne Forderungen bewilligt, andere abgelehnt; bezüglich einer größeren Reihe von Positionen werden Herabsetzungen angeboten, aber erheblich geringer, als sie gefordert waren. Die deutsche Antwort bezeichnete die Gegenvorschläge als nicht ausreichend, worauf die russische Regierung die Fortsetzung der Verhandlungen im Wege commissarischer Berathungen in Berlin in Vorschlag brachte. Die entgegengesetzten Behauptungen, insbesondere die Meldung, daß Rußland Deutschland gegenüber principiell sich geweigert hätte, den gegenwärtigen Zolltarif herabzusetzen, und daß seit April weitere Gegenvorschläge in Berlin eingegangen seien, entbehren jeder thatsächlichen Begründung. Fernes telegraphirt man aus Petersburg, 1. Juli: Die Börsenzeitung meldet, daß das Gerücht über das baldige Inkrafttreten des zweifachen Zolltarifes augenscheinlich auf einem Mißverständnisse beruhe. Das Blatt erklärt, bestimmt zu wissen, daß über die Zeit des Inkrafttretens des Tarifes noch nichts entschieden sei. Ueberhaupt spreche Vieles dafür, daß die Maßregel ganz beiseite werde gelassen werden können, da Deutschland den russischen Vorschlägen entgegenkommen wünsche und von den anderen Staaten, auf welche der Tarif angewendet werden könnte, besonders von Oesterreich-Ungarn und Rumänien, wahrscheinlich sehr bald entsprechende Vorschläge werden gemacht werden.

[Die italienische Weinzollclausel und Frankreich.] Man telegraphirt aus Paris, 1. Juli (Kammersitzung): Deputirter Turrel richtet an die Regierung eine Anfrage über die Behandlung französischer Weine bei ihrem Eintritte in Oesterreich. Die französische Regierung, sagt Redner, habe Oesterreich gegen gleichartige Behandlung den Minimaltarif zugestanden; dennoch sollte die österreichische Regierung die französischen Weine nicht mit einem Einfuhrzoll von 50 Francs belegen, während sie doch von den italienischen Weinen nur einen solchen von 8 Francs einhebe. — Minister des Aeußern Develle entgegnet, die Regierung habe von Oesterreich verlangt, daß den französischen Weinen die gleiche Behandlung wie den italienischen Weinen zutheil werde. Die österreichische Regierung habe daraufhin den Einwand erhoben, daß die Convention mit Italien älteren Datums sei, und daß Frankreich darüber seit zwanzig Jahren mit Stillschweigen hinweggegangen sei. Der Minister erklärt weiter, er hoffe dennoch, daß Oesterreich die gerechte Forderung Frankreichs anerkennen werde. — Turrel erwidert, er werde noch zuwarten und, falls die Angelegenheit keine befriedigende Lösung erhalten sollte, seine Anfrage in eine Interpellation verwandeln. — Der Zwischenfall wird hiermit geschlossen.

[Die Kündigung des lateinischen Münzbundes.] Eine der Pol. Corr. aus Rom zugehende Meldung bezeichnet das Gerücht, wonach in Folge der Währungsreform in Indien die lateinische Münzconvention gekündigt werden soll, als völlig unbegründet. Weder in Rom noch in den anderen betheiligten Staaten wurde eine ähnliche Absicht kundgegeben.

[Spiritusproduction in Ungarn.] Wie uns aus Budapest telegraphirt wird, wurden vom 1. September 1892 bis Ende April 1893 nach den endgiltigen Abrechnungen in den gesammten Spiritusbrennereien Ungarns 737.144 Hektoliter producirt. Hiervon wurden aus Ungarn nach Oesterreich, respective Bosnien ausgeführt 19.410 Hektoliter, ins Ausland 76.541 Hektoliter. Aus Oesterreich wurden während dieser Zeit eingeführt 28.618 Hektoliter versteuerter Spiritus.

[Die amerikanische Währungskrise.] Man telegraphirt aus Washington unterm 1. Juli: Die gestern erlassene Proclamation des Präsidenten Cleveland betreffend die Einberufung des Congresses für den 7. August besagt: Das wegen der Finanzlage bestehende allgemeine Mißtrauen drohe den Handel und die Industrie der Vereinigten Staaten zu lähmen: die Ursache des gegenwärtigen Zustandes liege größtentheils in der bisherigen unklugen Finanzpolitik, welche auf gesetzlichem Wege geändert werden müsse, damit Gefahren und Unheil abgewendet werden.

[Sechsperecentige bulgarische Staatsanleihe vom Jahre 1892.] Die Oesterreichische Länderbank theilt uns mit Bezug auf die gleichzeitig in der Wiener Zeitung erschienende Kundmachung mit, daß der am 13. Juli d. J. fällige Coupon der sechsperecentigen fürstlich bulgarischen Staatshypothekaranleihe vom Jahre 1892 schon von heute ab bei der genannten Bank eingelöst wird. Die Einlösung erfolgt in effectiven Francs oder nach Wahl der Besitzer zum jeweiligen Tageskurse.

[Neue Berliner Börsennuancen.] Von heute ab erfolgt bei allen an der Berliner Börse gehandelten und notirten österreichisch-ungarischen Werthpapieren, deren Zinsen in österreichisch-ungarischer Währung (Papier, Silber oder Kronen) gezahlt werden, die Umrechnung des Kapitalbetrages und der Zinsen zum festen Satze von 1 fl. = 1 Mark 70 Pfennig, 1 Krone = 85 Pfennig. Dagegen werden alle auf Gold lautenden Werthpapiere auch in Zukunft mit 2 Mark für den Goldgulden umgerechnet werden.

[Vom Prager Zuckermarkt.] Man telegraphirt uns aus Prag: Der Markt hat sich gestern nach der Börse abgeschwächt und über 19 fl. waren keine ernsten Käufer zu haben. Heute Vormittags brachte sich die Notiz für October-December in Folge schwächerer Kursnotirung von Hamburg, das durch die günstigen Auslassungen des Statistikers Lipt über den gegenwärtigen Rübenstand beeinflußt wurde, auf fl. 18.85 für ungenannte Waare Parität Aussig. Nach Einlangen günstiger Magdeburger Kurse besserte sich der Preis auf fl. 18.90.

[Nordbahn.] Die Verzeichnisse der am 1. Juli in Gegenwart zweier k. k. Notare gezogenen Serien-Nummern von den für das laufende Jahr verlosten Prioritäts-Schuldverschreibungen des vierperecentigen Anlehens vom 1. Juli ab per 15,000.000 fl. rückzahlbar am 1. October 1893 werden von der gesellschaftlichen Liquidatur am Bahnhofe in Wien und von Wiener Giro- und Kassenverein (1. Bezirk, Rothgasse Nr. 4) kostenfrei verabfolgt.

[Weltausstellung in Chicago.] Wie der Centralcommission für diese Ausstellung seitens des Generalcommissärs z. v. Paltschek mitgetheilt wird, überreichte das gegen-